

Bericht zur sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg

- Zentrale Berichtsergebnisse und weiterführende Überlegungen -

**Prof. Dr. Walter Hanesch
Hochschule Darmstadt
Januar 2011**

I Auftrag und Zielsetzung des Berichts

Im September 2010 hat der Landkreis Darmstadt-Dieburg einen „Bericht zur sozialen Lage im Landkreis Darmstadt-Dieburg“ vorgelegt. Ausgehend von einem Beschluss des Kreistags untersucht der Bericht die Entwicklung der sozialen Lagen im Landkreis im Zeitraum 2005 bis 2008. Anlässlich des „Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ verfolgt der Bericht das Ziel, einen Überblick zu geben über die Entwicklung und Verteilung von Armut und Reichtum im Untersuchungszeitraum. Ausgehend von einem multidimensionalen Armutsbegriff steht dabei die Darstellung prekärer Ressourcen- und Lebenslagen im Vordergrund.

Mit dem Bericht soll der breiteren Öffentlichkeit ein Überblick über die Lebensbedingungen im Landkreis gegeben werden. Zugleich soll der Bericht aber auch als Grundlage für die Bewältigung der künftigen sozialpolitischen Aufgaben dienen. Er soll vor allem dazu genutzt werden, geeignete Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, um dem Auftreten von prekären Lebenslagen im Landkreis entgegen zu wirken.

Der mit knapp 450 Seiten sehr umfangreiche Bericht enthält eine Fülle empirischer Daten und Informationen auf Kreisebene und auf Gemeindeebene, wobei immer wieder der Vergleich zu Landesebene gezogen wird. Mit dem Bericht setzt der Landkreis seine Sozialberichterstattung fort, die bisher vor allem durch einen Sozialstrukturatlas geprägt war, der regelmäßig aktualisiert und fortgeschrieben wurde. Der neue Sozialbericht geht konzeptionell und inhaltlich weit über diesen Sozialstrukturatlas hinaus.

Im Folgenden werden – nach einer methodischen Vorbemerkung - zentrale Inhalte des Berichts zusammenfassend dargestellt und erläutert. Daneben werden Überlegungen zur künftigen Fortschreibung des Berichts skizziert. Schließlich wird ein mögliches Vorgehen zur Entwicklung eines Handlungsprogramms gegen Armut im Landkreis dargestellt.

II Methodische Vorbemerkungen

Der Sozialbericht des Landkreises orientiert sich in seiner inhaltlichen Schwerpunktsetzung und in seinem Aufbau an den aktuellen Armuts- und Reichtumsberichten auf Bundes- und Länderebene. Daher stehen – ausgehend von einer Übersicht über die Veränderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – die Darstellung der Einkommens- und Vermögenslage sowie die Darstellung der vier ausgewählten Lebenslagebereiche Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit im Mittelpunkt.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass viele Datenquellen der Bundes- und Landesberichterstattung auf Landkreis- und Gemeindeebene nicht verfügbar sind. Daher sind viele wichtige Aspekte der Ressourcen- und Lebenslage mit den verfügbaren Daten nicht darzustellen. Der Bericht muss daher häufig auf Befunde der Bundes- und Länderebene verweisen, ohne entsprechende Informationen auf Kreisebene bereitstellen zu können. Eine künftige Verbesserung der Informationslage wird erst auf der Basis eines Ausbaus der amtlichen Statistik und ergänzender Erhebungen möglich sein. Unabhängig davon müssen die heute bereits bei verschiedenen Stellen vorhandenen Daten zusammengeführt und ausgewertet werden.

III Zentrale Ergebnisse des Berichts

1 Gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

In einem ersten Teil gibt der Bericht zunächst einen Überblick über die Entwicklung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Landkreis Darmstadt-Dieburg, insbes. zur Entwicklung der Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur. Nach einer langen Phase des Bevölkerungswachstums stagniert in den letzten Jahren die Bevölkerungsentwicklung und ist sogar zuletzt leicht zurückgegangen (Bevölkerung in 2007: 289.286 Personen). Dazu haben ein geringes Geburtendefizit sowie leichte Wanderungsverluste beigetragen. Zugleich hat sich die Altersstruktur zugunsten der höheren Altersgruppen verschoben: der Jugendquotient ging zurück, während der Altenquotient zunahm. Im Vergleich zum Regierungsbezirk und zum Land Hessen lagen der Jugendquotient im Landkreis im Jahr 2006 jedoch vergleichsweise hoch (33,7%) und der Altenquotient vergleichsweise niedrig (28,8%). Im Jahr 2007 lebten im Landkreis Darmstadt-Dieburg 30.254 Ausländer, das entsprach 10,5% der Kreisbevölkerung, ein Wert, der deutlich unter dem Anteilwert für Hessen lag (12,0%). Seit Anfang des letzten Jahrzehnts ist der Ausländeranteil rückläufig. Über die Entwicklung und Höhe des Anteils der Migrantinnenbevölkerung einschließlich der Zuwanderer und Flüchtlinge liegen auf Kreisebene keine gesicherten Informationen vor.

Die Kreisbevölkerung lebte Anfang 2008 in 127.339 Privathaushalten, davon 34,1% in Singlehaushalten, 33,6% in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder und

32,3% in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern. Der Anteil der Haushalte von Ausländern betrug 8,7%. Während die Zahl der Eheschließungen in den letzten Jahren rückläufig war, nahm die Zahl der Scheidungen zu. Parallel dazu ist auch im Landkreis eine Zunahme „neuer Lebensformen“ festzustellen, zu denen insbes. die Haushalte von Alleinerziehenden gehören (7,6%). Im Jahr 2008 lebten 52.442 minderjährige Kinder und Jugendlichen im Kreisgebiet, von denen 20,8% in Alleinerziehendenhaushalten aufwuchsen. Betrachtet man die Bevölkerung nach überwiegendem Lebensunterhalt, ist seit den 90er Jahren eine Zunahme der Bevölkerung festzustellen, die überwiegend von Sozialleistungen lebt.

Die Wirtschaft des Landkreises war seit Mitte des letzten Jahrzehnts durch einen kräftigen Aufschwung gekennzeichnet. Mit dem Wirtschaftswachstum ist auch das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte gestiegen. Im Jahr 2006 betrug es im Landkreis 19.483 Euro. Damit stand den Haushalten im Landkreis pro Kopf etwa so viel Einkommen zur Verfügung wie im Durchschnitt des Regierungsbezirks, aber deutlich mehr als im Durchschnitt des Landes Hessen. Im Vergleich zu den übrigen Landkreisen des Regierungsbezirks Darmstadt lag der Landkreis damit im Mittelfeld.

Insgesamt ist der Landkreis Darmstadt-Dieburg somit durch einen Wandel seiner Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur gekennzeichnet, der sich allerdings langsamer als im Bundesland Hessen vollzieht. Dennoch stellen der allmähliche Rückgang der Bevölkerung und die Verschiebung der Altersstruktur, die Veränderung der Haushaltsstruktur und die wachsende Bedeutung neuer Lebensformen neue Herausforderungen für die Gestaltung sozial ausgewogener Lebensbedingungen auf lokaler Ebene dar. Durch den rückläufigen Anteil der ausländischen Bevölkerung werden die anstehenden Integrationsaufgaben erleichtert. Wünschenswert wäre es allerdings, über Informationen zur Migrantenbevölkerung zu verfügen. Die soziale Lage der Bevölkerung wurde durch die stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen positiv beeinflusst. Die durchschnittlichen Einkommen und die entsprechende Kaufkraft liegen im Hessenvergleich hoch.

2 Einkommenslage und Einkommensarmut

(1) Einkommensverteilung

Betrachtet man die Einkommensverteilung im Landkreis Darmstadt-Dieburg anhand der zu versteuernden Einkommen im Jahr 2004, sind die unteren Einkommensklassen im Vergleich zum Regierungsbezirk wie zu Gesamthessen etwas schwächer, die oberen dagegen leicht stärker besetzt. 32,9% der Steuerpflichtigen verfügten im Landkreis über weniger als 15.000 Euro, 45,7% über 15.000 bis unter 50.000 Euro und 21,4% über 50.000 Euro und mehr. Insgesamt fällt die Verteilung im Landkreis somit vergleichsweise günstig aus. Zu vermuten ist allerdings, dass die Ungleichheit der Einkommensverteilung im Kreis wie auf Bundes- und Hessenebene in den letzten Jahren zugenommen hat.

(2) Relative Einkommensarmut

Eine differenzierte Analyse zur Einkommensarmut kann auf regionaler Ebene allein auf Basis des Mikrozensus vorgenommen werden. Für die Regionaleinheit Darmstadt-Dieburg/Bergstraße/Odenwald lag die Armutsquote im Jahr 2007 mit 10% etwas niedriger als für Hessen (12%); dies war der drittniedrigste Wert von insgesamt 9 Regionaleinheiten in Hessen. Differenziertere Analysen zur Struktur der Armutsbevölkerung sind auf der Ebene der Regionaleinheit nicht möglich.

(3) Bezug von sozialer Mindestsicherung

Das umfangreichste Datenmaterial zur Einkommenslage liegt auf Kreis- und Gemeindeebene für den Bezug von sozialen Mindestsicherungsleistungen vor. Die sozialen Mindestsicherungsleistungen umfassen Leistungssysteme, die im Falle von Bedürftigkeit ein sozialkulturelles Existenzminimum gewährleisten. Gemäß den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gehören dazu

- Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemäß SGB II,
- Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gemäß SGB XII,
- Leistungen der Grundsicherung bei Erwerbsunfähigkeit und im Alter gemäß SGB II,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie
- Leistungen der Kriegsoffiziersfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Empfänger von sozialen Mindestsicherungsleistungen 2005 bis 2009 (jeweils Jahresende)

| Soziale Mindestsicherung (im engeren Sinne) | 2005 | | 2006 | | 2007 | | 2008 | | 2009 | |
|--|---------|-----|---------|-----|---------|-----|---------|-----|---------|-----|
| | absolut | % |
| Landkreis Darmstadt-Dieburg | 15.832 | 5,5 | 18.265 | 6,3 | 18.010 | 6,2 | 17.508 | 6,1 | 18.034 | 6,2 |
| Regierungs-Bezirk Darmstadt | | 8,0 | | 8,7 | | 8,6 | | 8,5 | | 8,7 |
| Landkreise Hessen | | 6,8 | | 7,3 | | 7,1 | | 6,8 | | 7,0 |
| Land Hessen | | 8,4 | | 8,9 | | 8,8 | | 8,5 | | 8,7 |

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Bezieht man die inzwischen vorliegenden Werte für Ende 2009 mit ein, bezogen zu diesem Zeitpunkt 18.034 Personen im Landkreis soziale Mindestsicherungsleistungen; diese entsprachen 6,2% der Bevölkerung. Dieser Wert lag deutlich niedriger als die Werte für den Regierungsbezirk (8,7%) und das Land Hessen (8,7%). Er lag auch niedriger als der Durchschnitt der hessischen Landkreise. Die Empfängerquote im Landkreis lag im Jahr 2009 zwar etwas höher als in 2005; von 2006 bis 2008 ging die Quote jedoch kontinuierlich zurück, bevor sie als Folge des Konjunktur einbruchs in 2009 wieder anstieg.

Empfänger von sozialen Mindestsicherungsleistungen im Landkreis Darmstadt-Dieburg

| Soziale Mindestsicherung (im engeren Sinne) | Jahresende 2008 |
|---|------------------------|
| Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) | 15.149 |
| Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (SGB XII) | 583 |
| Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) | 1.417 |
| Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz | 295 |
| Leistungen der Kriegsopferfürsorge | 64 |
| Summe | 17.508 |

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Die Empfängerzahl von sozialen Mindestsicherungsleistungen setzte sich Ende 2008 im Landkreis wie folgt zusammen:

(a) Die Empfänger von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bilden seit Einführung des SGB II im Jahr 2005 die Hauptgruppe der Empfänger von sozialen Mindestsicherungsleistungen: Im Landkreis Darmstadt-Dieburg bezogen Ende 2008 15.149 Personen in 7.111 Bedarfsgemeinschaften SGB II-Leistungen. Die Gesamtzahl der Leistungsempfänger entsprach einer – bezogen auf die Bevölkerung gleichen Alters berechneten - Hilfequote von 6,4%. Damit waren im Landkreis deutlich weniger Personen hilfebedürftig als in Hessen (8,9%). Die Gesamtzahl setzte sich aus 10.255 erwerbsfähigen und 4.894 nicht erwerbsfähigen Leistungsempfängern zusammen. Die Zahl der Leistungsempfänger und Bedarfsgemeinschaften hat nach Einführung des SGB II zunächst stark zugenommen und ist dann bis 2008 wieder kontinuierlich zurückgegangen. Erst der Konjunktur einbruch in 2009 hat diesen Trend vorerst gestoppt.

In 2.725 oder 38,3% der Bedarfsgemeinschaften lebten 4602 Kinder im Alter unter 15 Jahren. Das waren mit 10,8% deutlich weniger Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften als in Hessen. Bezieht man alle Kinder und Jugendliche

im Alter bis unter 18 mit ein, waren es sogar 3033 (oder 42,7% der) Bedarfsgemeinschaften, in denen Kinder und Jugendliche lebten. Auch wenn die Quoten auf Landkreisebene günstiger als auf Hessenebene liegen, ist die erhebliche Zahl von Kindern und Jugendlichen, die - in der Regel nicht nur kurzzeitig - unter den Bedingungen des Grundsicherungsbezugs in der Bedarfsgemeinschaft aufwachsen, Anlass für Maßnahmen zur sozial- und bildungspolitischen Prävention.

(b) Mit Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende in 2005 hat sich die Zahl der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt stark verringert, da nunmehr nur noch Personen einen Leistungsanspruch haben, die nicht erwerbsfähig sind, keine dauerhafte Erwerbsminderung haben und das 65. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Ende 2008 waren es 681 Personen, die diese Leistung bezogen; davon lebten 583 Personen außerhalb von Einrichtungen. Seit 2006 weist diese Empfängerzahl wie auf Bundes- und Hessenebene wieder eine steigende Tendenz auf.

(c) Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung bezogen Ende 2008 1.417 Personen im Landkreis. Von den Beziehern waren ein Drittel im Alter zwischen 18 und 64 und bezogen Leistungen wegen dauerhafter Erwerbsminderung (497). Zwei Drittel der Empfänger bezogen Leistungen der Grundsicherung im Alter (920). Die Zahl der Leistungsempfänger ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen (von 820 in 2005 auf 1417 in 2008) und wird in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach beschleunigt weiter ansteigen.

(d) Ende 2008 bezogen im Landkreis 295 Personen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Wie auf Bundes- und auf Hessenebene hat sich die Leistungsempfängerzahl in den letzten Jahren kontinuierlich verringert. Aktuell ist seit 2009 wieder ein Anstieg zu verzeichnen.

(e) Im gleichen Jahr bezogen 64 Personen im Landkreis Leistungen der Kriegsopferfürsorge. Diese Empfängerzahlen sind durch einen kontinuierlichen Rückgang gekennzeichnet.

Insgesamt wird die Gruppe der Empfänger von sozialen Mindestsicherungsleistungen von den Leistungsempfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende dominiert. Zwar liegen Zahl und Anteil niedriger als im Bundes- und Landesdurchschnitt, dennoch sind Maßnahmen geboten, die Hilfebedürftigkeit dieses Personenkreises zu überwinden. Dies gilt insbes. auch für den Personenkreis der Kinder und Jugendlichen, die in diesen Haushalten aufwachsen.

(4) Weitere Informationen

Im Bericht wird auf zwei weitere Personengruppen hingewiesen, bei denen ein besonderer Hilfebedarf besteht:

(4.1) Bei Haushalten mit Niedrigeinkommen können nach SGB VIII die Kosten der Kinderbetreuung vom örtlichen Jugendhilfeträger übernommen werden. Eine solche Übernahme fand im Landkreis im Jahr 2008 in 566 Fällen statt. Darüber hinaus erhielten 1.717 Kinder Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Die Inanspruchnahme beider Leistungen weist eine steigende Tendenz auf.

(4.2) Die Privatverschuldung im Landkreis ist im Vergleich zu anderen Regionen des Bundesgebiets vergleichsweise nicht so dramatisch. Dennoch wurden in der Schuldnerberatungsstelle des Landkreises im Jahr 2008 1.680 Beratungsfälle erfasst. Darüber hinaus wurden 16 von insgesamt 276 Privatinsolvenzen im Landkreis betreut. Die Zahl der Beratungsfälle weist eine leicht steigende Tendenz auf. Es ist jedoch davon auszugehen, dass bei einem Ausbau des Beratungsangebots die Zahl der Beratungssuchenden weit höher liegen würde.

Insgesamt zeigt die Einkommenslage im Landkreis Darmstadt-Dieburg ein vergleichsweise günstiges Bild. Dennoch ist auch hier eine Zunahme von Ungleichheit und Armut festzustellen. Auch die Inanspruchnahme von sozialen Mindestsicherungsleistungen fällt niedriger aus als in Hessen. Dennoch bleibt es eine sozialpolitische Aufgabe und Herausforderung, auch den Menschen in Haushalten mit Niedrigeinkommen eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

3 Versorgungslage im Bereich Arbeit: Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit

(1) Erwerbstätigkeit

Wie im Bundesgebiet und in Hessen war der Arbeitsmarkt im Landkreis Darmstadt-Dieburg in den letzten Jahren durch eine positive Entwicklung gekennzeichnet. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung Anfang des Jahrzehnts wurde in den Jahren 2005 bis 2008 wieder wettgemacht. Allerdings ist der Anstieg der Erwerbstätigkeit vor allem auf eine Zunahme von geringfügig entlohnten Jobs und die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf einen Anstieg der Teilzeitarbeit zurückzuführen.

Die Zahl der im Landkreis registrierten Erwerbstätigen ist im Zeitraum 1999 bis 2007 von 90.000 auf 96.400 Personen angestiegen und erhöhte sich damit wesentlich stärker als im Hessendurchschnitt (7,1% gegenüber 3,9%). Auch wenn sich der Anteil der unselbständig Beschäftigten leicht verringerte und der der Selbständigen sich leicht erhöhte, hat in diesem Zeitraum auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten leicht zugenommen. Gegenüber Hessen liegt der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor höher, auch die Beschäftigungszunahme konzentrierte sich im Landkreis im Vergleich zu Hessen stärker auf den Sekundären als auf den Tertiären Sektor.

Traditionell spielt die regionale Mobilität im Landkreis eine große Rolle: Während im Jahr 2007 nur 17,5% der 98.936 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Landkreis im Landkreis eine Beschäftigung gefunden haben, waren 82,5% außerhalb des Landkreises beschäftigt. Parallel zur Zunahme der Auspendler nahm auch die Zahl der Einpendler in den Landkreis zu.

Die Erwerbsquote als Indikator der Erwerbsbeteiligung wies im Zeitraum 2005 bis 2008 eine steigende Tendenz auf und lag im Jahr 2008 in der Regionaleinheit Darmstadt-Dieburg/Bergstraße/Odenwald bei 76,4%; sie war damit leicht höher als im Hessendurchschnitt.

(2) Arbeitslosigkeit

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen - ähnlich wie im gesamten Bundesland Hessen - im Zeitraum 2001 bis 2005 an und ging seit 2006 als Folge der guten Wirtschaftskonjunktur wieder zurück. Ende 2008 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.584 Arbeitslose registriert. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 5,6%. Damit lag die Arbeitslosenquote im Landkreis - ähnlich wie in den Vorjahren - niedriger als auf Hessenebene (7,1%). Der Anteil an den Erwerbslosen lag für bestimmte Teilgruppen im Landkreis höher als auf Hessenebene: Dies galt für Frauen (49,8% gegenüber 48,0%), bei Älteren ab 55 (15% gegenüber 13,8%). Der Anteil der Ausländer lag mit 23,5% zwar etwas niedriger als in Hessen (24,9%), dennoch waren Ausländer auch im Landkreis überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen.

Die Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen unterteilte sich Ende 2008 in 5.207 Arbeitslose nach dem Rechtskreis SGB II und 2.377 Arbeitslose nach dem Rechtskreis SG III. Ähnlich wie auf Bundes- und Landesebene waren damit nur noch rund ein Drittel der Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung abgesichert, während der Anteil der Arbeitslosen, die auf die Grundsicherung verwiesen sind, bereits bei zwei Drittel lag. Nach wie vor haben die in der Regel Kurzzeitarbeitslosen im SGB III deutlich bessere Chancen, eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Demgegenüber sind die in der Regel Langzeitarbeitslosen im SGB II auch bei anziehender Konjunktur mit Akzeptanzproblemen am Arbeitsmarkt konfrontiert. Als Folge der positiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung hat sich die Zahl der Arbeitslosen gemäß SGB II seit Inkrafttreten des SGB II in 2005 dennoch kontinuierlich verringert. Dies war auch Ergebnis der verstärkten Eingliederungsbemühungen der Kreisagentur für Beschäftigung. Dabei hat sich der Anteil der Frauen, der Älteren sowie der Ausländer unter den Arbeitslosen erhöht.

Auch wenn die Daten für den Arbeitsmarkt im Landkreis vergleichsweise günstige Werte aufweisen, besteht vor allem ein Handlungsbedarf, die Arbeitslosen im SGB II bei der (Wieder-)Eingliederung in Erwerbsarbeit zu unterstützen. Diese Aufgabe wird zwar durch die wieder anziehende Konjunktur unterstützt, von Sei-

ten des Bundes stehen jedoch ab diesem Jahr weniger Mittel für Eingliederungsmaßnahmen der Kreisagentur für Beschäftigung zur Verfügung.

4 Versorgungslage im Bereich Bildung: Schulische Bildung und berufliche Qualifikation

(1) Struktur der Bildungsabschlüsse

Informationen zur Bildung der Bevölkerung liegen auf Basis des Mikrozensus für die Regionaleinheit der Landkreise Darmstadt-Dieburg/Bergstraße/Odenwald vor. Ende 2008 verfügten 36,1% der Bevölkerung über einen Haupt-/Volksschulabschluss als höchstem Bildungsabschluss, während dies hessenweit auf lediglich 33,2% der Bevölkerung zutraf. Umgekehrt lag der Anteil derer, die über die Hochschulreife verfügten, in der Regionaleinheit deutlich niedriger als im Hessendurchschnitt (20,6% gegenüber 23,9%). Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Bildung der Erwerbstätigen betrachtet. Insgesamt weisen also sowohl die Gesamtbevölkerung als auch die Erwerbstätigen in der Regionaleinheit im Vergleich zu Hessen niedrigere Bildungsabschlüsse auf. Dabei zeigten sich in den letzten Jahren kaum Veränderungen.

(2) Kinderbetreuung:

Es besteht weitgehender Konsens, dass die Prävention gegenüber Benachteiligungen in Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe bereits in der frühkindlichen Förderung ansetzen muss. In den letzten Jahren ist das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen im Landkreis für alle Altersgruppen ausgebaut worden. Bis 2013 sollen für 35% der Ein- bis Dreijährigen und für 5% der unter Einjährigen Betreuungsplätze in Kinderbetreuungseinrichtungen oder in der Kindertagespflege zur Verfügung stehen. Ende 2008 gab es im Landkreis 4.765 Kinder im Alter von einem bis drei Jahren und 2.273 Kinder im Alter unter einem Jahr. Daraus leitete sich ein Bedarf von 1.781 Betreuungsplätzen ab. Tatsächlich standen im Landkreis insgesamt 1.142 Betreuungsplätze zur Verfügung, davon 350 in der Tagespflege. Gemessen am vorgesehenen Zielwert waren dies 64,1%. Der weitere Ausbau soll bis 2013 stufenweise erfolgen.

Betrachtet man die Betreuungssituation für alle Altersgruppen im Zeitraum 1995 bis 2008, wurde diese bei den unter Dreijährigen von 4,1% auf 16,2% verbessert. Bei den Drei- bis unter Sechsjährigen wurde sie von 71,9% auf 95,7% angehoben. Bei den über Sechsjährigen wurde die Betreuung durch Horte von 1,3% auf 4,5% und durch Betreuende Grundschulen von 0 auf 16,7% erhöht. Damit ist die Versorgungslage von Kindern mit Betreuungsangeboten im Landkreis kontinuierlich verbessert worden. Sie liegt bei den unter Dreijährigen und bei den über Sechsjährigen etwas ungünstiger, dagegen bei den Drei- bis unter Sechsjährigen etwas günstiger als im Landesdurchschnitt. Dennoch bleibt ein Handlungsbedarf zum weiteren Angebotsausbau insbes. bei den unter Dreijährigen bestehen. Zu-

dem muss die bedarfsgerechte Ausgestaltung der Betreuungsangebote sichergestellt werden. Schließlich bedarf es einer gezielten Ansprache und Förderung von Kindern aus benachteiligten Milieus.

(3) Schulbildung

Seit dem Schuljahr 2004/05 ist die Zahl der Schüler im Landkreis rückläufig und wird aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren weiter zurückgehen. Bis zum Jahr 2020 wird ein Rückgang um 32,2% vorhergesagt; im Vergleich dazu wird ein hessenweiter Rückgang um 23,3% prognostiziert. Der Rückgang der Schülerzahlen bietet die Chance, künftig die Förderung aller Kinder und Jugendlichen im Schulsystem zu verbessern.

Im Schuljahr 2007/08 waren im Landkreis 30.621 Schüler registriert. Von ihnen besuchten 11.238 eine Grundschule. 8.895 waren Schüler eines Gymnasiums bzw. eines gymnasialen Zweiges einer kooperativen Gesamtschule, 4.142 besuchten eine Realschule, 2.118 eine Förderstufe und 1.328 eine integrierte Gesamtschule. 1.684 besuchten eine Hauptschule und 1.216 eine Förderschule. Damit lag der prozentuale Anteil der Schüler in Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen und Förderstufen höher als im Regierungsbezirk und im Land Hessen. Umgekehrt war der Anteil der Schüler in integrierten Gesamtschulen (4,3% gegenüber 8,3% bzw. 8,5%) und Gymnasien (29,0% gegenüber 33,6% bzw. 31,4%) niedriger als im Regierungsbezirk und im Land Hessen. In Gymnasien sind Mädchen deutlich überrepräsentiert. Umgekehrt sind ausländische Schüler in Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien deutlich unterrepräsentiert. Im gleichen Jahr bezogen 530 Schüler im Landkreis Schüler-Bafög; in 2009 waren es bereits 594 Schüler.

Die Verteilung der Schulabschlüsse der Schulabgänger spiegelt die etwas ungünstigere Struktur der Bildungsteilnahme im Vergleich zum Land Hessen wider. Während im Landkreis der Anteil aller übrigen Abschlüssen höher liegt als auf Landesebene, fällt der Anteil der Abgänger mit allgemeiner Hochschulreife deutlich niedriger als auf Landesebene aus (22,4% gegenüber 27,7%). Zwar gibt es einen positiven Trend zu höheren Bildungsabschlüssen. Der Anteil der Absolventen mit Hochschulreife hat sich in den letzten Jahren jedoch kaum verändert. Die Anteile von weiblichen und von ausländischen Schülern spiegelt die unterschiedliche Verteilung auf die verschiedenen Schulformen wider. Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg besuchen auch im Zuständigkeitsbereich der Stadt Darmstadt gelegene Schulen, was sicherlich auf den unter dem Landesdurchschnitt liegenden Anteil der Absolventen mit Hochschulreife Einfluss hat.

(4) Berufsausbildung

Im Jahr 2008 verfügten 46,3% der Bevölkerung im Landkreis über eine abgeschlossene Berufsausbildung, das waren deutlich mehr als in Hessen. 5,2% hat-

ten einen Fachschulabschluss (Hessen 4,8%) und 10,8% hatten einen Fachhochschul-/Hochschulabschluss (Hessen 12,7%). Die Erwerbstätigen wiesen eine ähnliche Verteilung auf. Insgesamt ist die berufliche Qualifikation der Bevölkerung bzw. der Erwerbstätigen im Landkreis ungünstiger als im Bundesland Hessen.

Die Chancen der aktuellen Berufsabgänger auf dem Ausbildungsmarkt im Arbeitsamtsbezirk Darmstadt haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert, da sich das Angebot an Ausbildungsplätzen und die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge erhöht hat. Im Jahr 2008 waren 3.011 Auszubildende im Landkreis Darmstadt-Dieburg beschäftigt. Trotz der verbesserten Lage am Ausbildungsmarkt fanden nicht alle Bewerber einen Ausbildungsplatz. Im Schuljahr 2008/09 nahmen 647 Schüler an Maßnahmen der vorberuflichen Bildung im Landkreis teil.

Insgesamt hat sich die Versorgungslage von Kindern mit Bildungsangeboten in den letzten Jahren stark verbessert. Ein weiterer Ausbau ist hier vorgesehen. Für die Kinder und Jugendlichen steht ein vielfältiges und wohnortnahes Angebot an schulischen Angeboten zur Verfügung. Trotz einer Tendenz zu höheren Abschlüssen ist die Struktur der allgemeinbildenden und an beruflichen Abschlüssen sowohl bei der Gesamtbevölkerung (und bei den Erwerbstätigen) wie auch bei den aktuellen Schulabsolventen etwas ungünstiger als im Bundesland Hessen (sh. Ziff. 3). Leider liegen auf Kreisebene keine Daten zum Zusammenhang von sozialer Lage und Bildung zur Verfügung. Daher enthält der Bericht zu dieser wichtigen Thematik keine Aussagen. Vieles spricht jedoch für einen Bedarf an verstärkter Förderung und Unterstützung von insbes. von Kindern aus benachteiligten Milieus im Schulsystem. Dazu kann nicht zuletzt ein weiterer Ausbau der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule beitragen.

5 Versorgungslage im Bereich Wohnen

Ende 2008 gab es im Kreisgebiet einen Bestand von 69.567 Wohngebäuden. Bei 60,4% der Gebäude handelte es um Einfamilienhäuser, 26,9% verfügten über zwei Wohnungen und 12,8% über drei und mehr Wohnungen. Während im Landkreis also Einfamilienhäuser überproportional stark vertreten sind, stehen vergleichsweise wenige Wohnhäuser mit zwei und mehr Wohnungen zur Verfügung. Die Zahl der Wohngebäude in den Kreisgemeinden variiert je nach Bevölkerungsumfang bzw. Einwohnerzahl. Die höchsten Anteile an Wohnungen mit drei und mehr Wohnungen fanden sich in Griesheim 24,8%, Pfungstadt 20,6%, Weiterstadt 16,3%, Ober-Ramstadt 15,0%, Seeheim-Jugenheim 14,0%, Mühlthal 13,5%. Legt man die Gesamtzahl der Wohnungen im Landkreis in Wohn- und Nichtwohngebäuden zugrunde und dividiert die Wohnfläche durch die Wohnbevölkerung, ergab sich Ende 2008 eine durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche von 43,7 qm. Dieser Wert lag knapp unter dem Landesdurchschnitt (2006: 44,8 qm).

Die Höhe der Durchschnittsmiete in einer Gemeinde spiegelt die jeweilige Wohnungsmarktsituation wider. Gemäß Wohngeldgesetz werden die Kommunen je nach Höhe der Durchschnittsmiete im Vergleich zum Bundesdurchschnitt einer Mietstufe zwischen I und VI zugeordnet, wobei I die niedrigste und VI die höchste Mietstufe darstellt. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg ist der Mietstufe IV zugeordnet. Innerhalb des Landkreises ist nur Reinheim niedriger (in Stufe III), dagegen sind Groß Zimmern, Mühlthal, Seeheim-Jugenheim und Weiterstadt höher (Stufe V) eingeordnet. Seit den 90er Jahren war kreisweit zunächst ein Anstieg der Mietstufen zu beobachten, seit 2005 ist das Mietniveau im Vergleich zum Bundesdurchschnitt jedoch wieder rückläufig.

Die Zahl und der Anteil der Sozialwohnungssuchenden im Landkreis sind zwar langfristig rückläufig, sie bewegten sich aber in den letzten Jahren relativ konstant bei rund 2% der Wohnbevölkerung. Im Jahr 2008 gab es im Kreisgebiet 2.418 wohnungssuchende Haushalte, das entsprach 1,9% aller Haushalte. In den vier größten Städten hat der Sozialwohnungsbedarf sogar zugenommen (Ausnahme Pfungstadt). Der größte Bedarf besteht bei Ausländern, Senioren und Alleinerziehenden. Während die Zahl der Sozialwohnungen im Landkreis von Ende 2004 bis Ende 2008 um 15,4% auf 4.012 erhöht wurde, nahm die Zahl der Sozialwohnung suchenden Haushalte im gleichen Zeitraum um 2,5% auf 2.418 zu. Auch künftig ist mit einem steigenden Bedarf an Sozialwohnungen als Folge der zunehmenden Ungleichheit und Armut zu rechnen. Während in den kleineren Gemeinden ausreichender Wohnraum vorhanden zu sein scheint, ist die Wohnungssituation in den Städten deutlich angespannter.

Wohngeld wird zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnraums gezahlt. Die Höhe des Wohngelds hängt von der Einkommenslage, der Zahl der Haushaltsmitglieder sowie der Miet- bzw. Lastenhöhe ab. Die Zahl der Anspruchsberechtigten ist stark davon abhängig, wie zeitnah die Berechnungsgrundlagen aktualisiert werden. Ende 2008 bezogen im Landkreis Darmstadt-Dieburg 891 Haushalte Wohngeld, das entsprach 7,0% der Haushalte. Dieser Anteil war deutlich niedriger als in Hessen und im Durchschnitt der hessischen Landkreise. Die Hauptgruppe unter den 1.784 Wohngeldbeziehern waren Rentner (636).

Insgesamt ist die Wohnungsversorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg als durchschnittlich zu bezeichnen. Zahl und Fläche der Wohnungen stimmen mit den entsprechenden Hessenwerten weitgehend überein. Das vergleichsweise hohe Mietniveau (Mietstufe IV) korrespondiert mit dem im Durchschnitt hohen Einkommensniveau der privaten Haushalte. Die begrenzte Zahl der Sozialwohnungs-suchenden wie der Wohngeldempfänger signalisieren, dass sich die Probleme für Niedrigeinkommensbezieher, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden, in einem überschaubaren Rahmen halten. Dennoch besteht bei bestimmten Personengruppen ein entsprechender Unterstützungsbedarf. Da bis heute eine Wohnungsnotfallstatistik nicht verfügbar ist, liefert der Bericht keine

Informationen zur Zahl der Wohnungsnotfälle bzw. Wohnungslosen und zum Bedarf an Wohnraum sichernden Maßnahmen im Landkreis.

6 Versorgungslage im Bereich Gesundheit

Da die Gesundheitslage sowohl von objektiven als auch subjektiven Aspekten bestimmt wird, sind Unterversorgungslagen im Bereich Gesundheit schwer zu definieren und statistisch zu erfassen. Zudem sind auf Kreis- und Gemeindeebene nur wenige Informationen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen und zu bedarfsgerechten Hilfen im Gesundheitsbereich verfügbar. Ausgehend von hessischen Daten ist davon auszugehen, dass auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg nahezu jeder Bürger über einen gesetzlichen oder privaten Krankenversicherungsschutz verfügt. Die medizinische Versorgungslage im ambulanten wie im stationären Bereich ist generell als gut zu bezeichnen. So waren im Jahr 2009 im Gebiet des Landkreises zur ambulanten Versorgung bei der kassenärztlichen Vereinigung 163 Hausärzte, 144 Fachärzte und 48 Psychotherapeuten registriert. Auf einen Hausarzt kamen 1.771 Personen, auf einen Facharzt 2004 Personen und auf einen Psychotherapeuten 6.013 Personen. Von jedem der 160 praktizierenden Zahnärzte wurden 1.804 Personen versorgt. Damit bestand vordergründig lediglich bei der Versorgung mit ambulanter Psychotherapie im Kreisgebiet ein Angebotsdefizit. Tatsächlich wird aus einigen Kommunen von Problemen in der Versorgung im allgemeinmedizinischen Bereich berichtet. Zudem waren bei der fachärztlichen Versorgung in einzelnen Kreiskommunen Versorgungslücken anzutreffen.

Informationen zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen liefern die Kindervorsorgeuntersuchungen. Auswertungen der Untersuchungen sind auf örtlicher Ebene bisher nicht verfügbar. Informationen über den Gesundheitszustand von schulpflichtigen Kindern liefern weiterhin die Schuleingangsuntersuchungen. Bei 61,2% der 3073 Kinder, die im Landkreis im Jahr 2008 an dieser Untersuchung teilnahmen, wurde eine gesundheitliche Auffälligkeit festgestellt. Häufigste Befunde waren Sprachstörungen (20,6%), Koordinationsstörungen (12,6%), Sehstörungen (10,8%), Verhaltensauffälligkeiten (6,0%), Adipositas (5,5%) und Hauterkrankungen (4,7%). Während einige der Befunde im Zeitraum 2005 bis 2008 zugenommen haben (Sprachstörung, Koordinationsstörung, Sehstörung), haben andere an Bedeutung verloren (Retardierung, Adipositas, Atemwegserkrankung) oder blieben konstant (Verhaltensauffälligkeiten, Hauterkrankung, Haltungsschäden). Im Zeitraum 2005 bis 2008 lag der Anteil der Kinder mit medizinischen Befunden über den entsprechenden Hessenwerten. In 2008 erhielten 2.716 oder 88,4% der Kinder aufgrund der Schuleingangsuntersuchung die Schulpflichtempfehlung; darunter waren mehr Mädchen als Jungen.

Insgesamt lässt sich auf Grundlage der spärlichen Informationen auf örtlicher Ebene kein klares Bild der gesundheitlichen Lage im Kreisgebiet ermitteln. Für die Zukunft wäre es notwendig, mit Unterstützung des Landes die Daten- und In-

formationslage zu verbessern. Erst auf dieser Grundlage lassen sich angemessene Präventionsstrategien entwickeln. Dennoch signalisiert der vergleichsweise hohe Anteil an Befunden in den Schuleingangsuntersuchungen einen Bedarf an medizinischer Prävention.

7 Versorgungslagen auf Gemeindeebene

Im Folgenden werden zentrale Problemaspekte der zuvor dargestellten Ressourcen- und Lebenslagen in ihrer Ausprägung in den einzelnen Kreiskommunen dargestellt:

7.1 Ausländische Bevölkerung (Bev)

Der Ausländeranteil an der Bevölkerung war in den folgenden Kreiskommunen besonders hoch: Griesheim 16,1%, Babenhausen 14,1%, Groß-Zimmern und Weiterstadt jeweils 13,1%, Pfungstadt 12,0%, Münster 11,3%, Groß-Umstadt 10,7% und Ober-Ramstadt 10,4%.

7.2 Kaufkraft (Kau)

Die Kaufkraft je Einwohner lag im Jahr 2008 in den folgenden Kreiskommunen besonders niedrig: Schaafheim 19.042 Euro, Fischbachtal 19.363 Euro, Pfungstadt 19.518 Euro, Groß-Zimmern 19.654 Euro, Ober-Ramstadt 19.664, Otzberg 19.872 Euro, Groß-Umstadt 20.159 Euro und Münster 20.270 Euro.

7.3 Einkommen (Ein 1 – 3)

Die höchsten Anteile an Niedrigeinkommensbeziehern (Anteil der Einkommenssteuerpflichtigen mit einem zu versteuernden Einkommen unter 15.000 Euro pro Jahr) wiesen die folgenden Kommunen auf: Babenhausen (35,0%), Groß-Bieberau (34,8%), Groß-Umstadt und Fischbachtal (Jew. 34,5%), Reinheim 34,4%), Ober-Ramstadt und Schaafheim (jeweils 34,3%) sowie Otzberg (34,2%).

Der Anteil der Leistungsempfänger nach SGB II an der Bevölkerung unter 65 Jahren lag in den folgenden Kreiskommunen besonders hoch: Groß-Zimmern 10,4%, Babenhausen und Reinheim 9,3%, Ober-Ramstadt 8,3%, Münster 7,9%, Dieburg 7,6%, Pfungstadt 7,5%, Groß-Bieberau 6,9%.

Der Anteil der nichterwerbstätigen Leistungsempfänger nach SGB II an der Bevölkerung unter 15 lag besonders hoch in Groß-Zimmern 19,0%, Babenhausen 17,4%, Reinheim 16,6%, Münster 15,6%, Dieburg 14,0%, Ober-Ramstadt 14,4%, Pfungstadt 13,4% und Groß-Bieberau 12,6%.

7.4 Arbeit (Arb 1 + 2)

Der Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung (je 1000 Einwohner) lag Ende 2008 im Kreisdurchschnitt bei 26,3. Die höchsten Anteil an Arbeitslosen fanden sich in den folgenden Kreiskommunen: Reinheim 37,8, Groß-

Zimmern 37,5, Münster 34,5, Babenhausen 33,0, Ober-Ramstadt 32,8, Pfungstadt 30,6, Griesheim 26,7 und Dieburg 26,4.

Der Anteil der Arbeitslosen nach SGB II (berechnet je 1.000 der Einwohner) lag Ende 2008 im Landkreis bei 18,0. Besonders hohe Anteile waren in den folgenden Kreiskommunen anzutreffen: Reinheim und Groß-Zimmern jeweils 28,6, Ober-Ramstadt 24,3, Münster 24,1, Babenhausen 24,0 und Pfungstadt 21,7, Griesheim 18,6 und Dieburg 17,8.

7.5 Wohnen (Woh 1 + 2)

Bei der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche gab es beträchtliche Unterschiede zwischen den Kreiskommunen: Die niedrigsten Pro-Kopf-Wohnflächen hatten Groß-Zimmern mit 38,5 qm, Münster und Weiterstadt mit je 41,3 qm, Groß-Umstadt mit 41,7 qm, Babenhausen mit 42,0 qm, Pfungstadt mit 42,3 qm, Eppertshausen mit 42,5 qm und Ober-Ramstadt 42,7 qm.

Der Anteil sozialwohnungssuchender Haushalte lag Ende 2008 in folgenden Kommunen am höchsten: Griesheim 4,5%, Babenhausen 4,0%, Groß-Umstadt 3,9%, Pfungstadt 2,7%, Weiterstadt 2,2%, Eppertshausen 2,1%, Roßdorf 1,9% und Alsbach-Hähnlein 1,5%.

7.6 Gesundheit (Ges 1 + 2)

Der Anteil der Kinder, die bei Schuleingangsuntersuchungen ohne Befund blieben, war am niedrigsten in Erzhausen 16,7%, Weiterstadt 17,7%, Ober-Ramstadt 24,4%; Messel 26,8%, Alsbach-Hähnlein 31,3% und Groß-Bieberau 31,6%, Otzberg 31,9% und Pfungstadt 36,8%.

Der Anteil der Kinder mit Befunden, die zum Zeitpunkt der Schuleingangsuntersuchung noch nicht behandelt wurden, war besonders hoch in Messel 41,5%, Ober-Ramstadt 32,6%, Erzhausen 30,9%, Weiterstadt 25,7%, Groß-Zimmern 24,8% und Babenhausen 23,2%, Schaafheim 16,6% und Mühlthal 15,2%.

IV Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung

Grundsätzlich sollte der vorliegende Sozialbericht des Landkreises Darmstadt-Dieburg künftig regelmäßig aktualisiert und fortgeschrieben werden. Angesichts des umfangreichen Arbeitsaufwands für einen solchen Bericht kann dies allerdings nur in größeren zeitlichen Abständen realisiert werden.

Für die Fortschreibung des Gesamtberichts sollte das Erhebungs-, Auswertungs- und Berichtsprogramm kritisch überprüft und die Berichterstattung stärker auf die Kreis- und Gemeindeebene fokussiert werden. Dies wird umso eher möglich sein, da künftig die Kreisberichterstattung durch eine eigene Sozialberichterstattung des Landes Hessen ergänzt werden wird. Für die künftige Fortschreibung sollte in jedem Fall sichergestellt werden, dass alle relevanten Dezernate und

Abteilungen an der Berichtserstellung aktiv beteiligt sind und alle relevanten Datenbestände auch tatsächlich für die Berichterstattung genutzt werden können.

Zugleich könnte ein Basisberichtsteil – der wie bisher die Bereiche Gesellschaftliche und Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Einkommens- und Vermögens- bzw. Verschuldungslage, sowie die vier Lebenslagenbereiche Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit umfasst – durch eine zusätzliche und jeweils wechselnde Schwerpunktsetzung auf bestimmte Zielgruppen und Regionen ergänzt werden.

Neben dem in längeren zeitlichen Abständen fortzuschreibenden Sozialbericht sollte möglichst rasch ein Sozialmonitoring aufgebaut werden, mit dem eine laufende Beobachtung wichtiger Problembereiche in kürzeren Abständen (jährlich) realisiert werden soll. Dazu wird von der Wissenschaftlichen Beratung ein Vorschlag bis März 2011 vorgelegt werden.

V Umsetzung: Handlungsprogramm gegen Armut

In dem umfangreichen Sozialbericht sind zwar eine Vielzahl von Daten zusammen gestellt worden. Da jedoch zu vielen Themenfeldern die Datenlage auf Kreis- und Gemeindeebene bisher noch unbefriedigend ist, lassen sich aus den Berichtsdaten in der Regel keine unmittelbaren Empfehlungen für Handlungsprogramme zur Prävention und/oder Überwindung von Armut und Unterversorgungslagen ableiten. Da die Beauftragung der Kreisverwaltung zur Erarbeitung des Sozialberichts mit der Zielsetzung verbunden war, ein solches Programm auf Kreis- und Gemeindeebene zu entwickeln, muss der vorliegende Bericht durch eine kooperative Programmentwicklung ergänzt werden.

Dazu wird vorgeschlagen, die folgende Vorgehensweise zugrunde zu legen:

(1) Drei bis fünf thematische Workshops

Zu jedem (oder einer Auswahl) der fünf Ressourcen- und Lebenslagenbereiche ist ein (mindestens) halbtägiger Workshop mit den wichtigsten lokalen Akteursgruppen durchzuführen, der von der Wissenschaftlichen Beratung in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung moderiert wird.

Auf jedem dieser Workshops sollen zunächst die zentralen Berichtsergebnisse zu diesem Themenbereich vorgestellt werden. Auf dieser Grundlage sollen

- zum einen diese Ergebnisse aus der Sicht der beteiligten Akteursgruppen diskutiert, ergänzt und bewertet werden.

- Zum anderen sollen zentrale Ansatzpunkte für präventive und/oder kurative Gegenmaßnahmen auf Kreis- und Gemeindeebene gesammelt und erörtert werden.
- Dabei soll auch auf die Rolle der einzelnen Akteursgruppen und ihre möglichen Beiträge zur Vermeidung/Überwindung von Unterversorgungslagen eingegangen werden.

Am Ende eines jeden Workshops sollen die möglichen bzw. wünschenswerten Bausteine eines themenbezogenen Handlungsprogramms festgehalten werden.

(2) Zwei regionale Workshops

In zwei weiteren Workshops sollen in jeweils einer Kommune des Westkreises und einer Kommune des Ostkreises die besonderen örtlichen Problemkonstellationen beraten und im Hinblick auf Lösungsmöglichkeiten erörtert werden. In den beiden jeweils am stärksten betroffenen und zur Kooperation bereiten Kommunen

- sollen zum einen der Umfang und die Auswirkungen wie auch das Zusammenwirken der verschiedenen Problembereiche dargestellt und diskutiert werden.
- Zum anderen sollen Ansatzpunkte und Maßnahmen für integrierte Gegenstrategien für die Kommunen auf Kreis- und Gemeindeebene beraten und entwickelt werden.

Auch hier ist vorzusehen, dass am Ende des Workshops die Grundbausteine eines lokalen Handlungsprogramms zusammengestellt werden sollen.

Für alle Workshops gilt, dass jeweils die wichtigsten Akteursgruppen für den jeweiligen Themenbereich einzubeziehen sind. Zu diesen Akteuren gehören:

- Vertreter der Kreisverwaltung mit den zuständigen Abteilungen und Fachkräften,
- Vertreter der Kreiskommunen,
- Vertreter von weiteren zuständigen Behörden,
- Vertreter der Sozialpartner, der Kirchen und der Zivilgesellschaft (freie Wohlfahrtspflege, Betroffenenengruppen etc.) und
- ggf. Vertreter weiterer Akteursgruppen.

Über die Einladung entscheidet die Kreisverwaltung in Abstimmung mit der Wissenschaftlichen Beratung und den beteiligten Kreisgemeinden. Die Gesamtzahl der an den Workshops beteiligten Akteure sollte pro Workshop nicht mehr als 30 Personen umfassen.

(3) Auswertung der Workshops und Vorlage eines Handlungsprogramms

Sämtliche Workshops sollen im Zeitraum April/Mai 2011 durchgeführt werden. Jeder der fünf bis sieben Workshops wird anschließend durch die Wissenschaftliche Beratung und die Kreisverwaltung gemeinsam ausgewertet. Auf der Grundlage der Gesamtheit aller Workshops soll – auf Basis einer Vorlage der Wissenschaftlichen Beratung - von der Kreisverwaltung in Abstimmung mit den Kreisgemeinden ein Gesamtkonzept für ein lokales Handlungsprogramm erarbeitet werden. Das Handlungsprogramm soll bis Mai 2011 zu einer Vorlage für den Kreistag ausgearbeitet werden und bis Juni 2011 dem Kreistag zur Abstimmung vorgelegt werden.